

# Lübecker



# Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 246

Donnerstag, 21. Oktober 1926

33. Jahrgang

## Das Schwein muß gefüllt werden

### Der Mordanschlag auf Stresemann

#### Es war nur ein Bierul — meint der Richter

Der Witenratsplan gegen Stresemann, der seinerzeit Aufsehen erregte, war am Mittwoch Gegenstand der Verhandlung vor dem Berliner Landgericht III unter Vorsitz des bekannten Landgerichtsdirektors Bombe. Angeklagt war ein gewisser Kaldorf und ein ehemaliger Gärtner namens Lorenz. Kaldorf hatte seinerzeit an einen Münchener Freund, den Rechtsanwalt Göy, einen Brief geschrieben, den dieser der Staatsanwaltschaft übergab. Dieser Brief hatte folgenden Wortlaut:

Lieber alter Goeg!

Ich liebe noch, habe mich durchgerauft. Es war ein kleines Kunststück, hier anzukommen, und ich habe nun die Chance, heraufzukommen. Zwei Ingenieure haben meinen Eintritt gemanagt. Natürlich Parteiische und nan: ich habe einen Reim gemacht nach bekannten Mustern:

Stresemann,  
verweje man!

Du verstehst! Ich habe zwei Offiziere, die mitmachen, und auch die Finanzierung ist allright. Es wäre mir sehr lieb, wenn Du ein paar Zeilen schreiben würdest, daß ich für die Sache gut bin. Du kennst meine Vergangenheit und weißt, was von mir zu halten ist. Natürlich, wenn Du mir auch noch als Referenz dienst, so ist das eine wichtige Unterstützung für mich. Verweje man! Das Schwein muß gefüllt werden! Ein Flugzeug ist auch zur Verfügung. Aus diesen Andeutungen weißt Du, um was es geht. Die Industrie ist auch gegen den Verräter Hund, z. B. Kaldorf im „Lokal-Anzeiger“. Die Tat geht auf mein Konto. Die zwei Offiziere, deren einer sehr erprobt ist, machen mit.

Heil und Sieg!

Mit trendentschem Gruß!

Außer Kaldorf hat auch Lorenz diesen Brief unterzeichnet und seinem Namen die Bezeichnung eines „Oberleutnants a. D.“ hinzugefügt. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die beiden im Sitzensbetriebe von völkischen Freunden untergebrachten Wachen lange Jahre entmündigt gewesen sind und daß beide augenscheinlich schwer geistig belastet sind, obgleich sie von den gerichtlichen Sachverständigen nicht als geisteskrank im Sinne des § 51 angesehen wurden. Kaldorf war während der Kätereigierung in München tätig, hat wegen dieser Tätigkeit sogar auch eine längere Freiheitsstrafe verbüßt. Nach der Freifassung wieder den Kommunisten angeschlossen, ist dann aber zu den Hitlerleuten übergegangen und schließlich zur deutschen völkischen Freiheitspartei gekommen. Auch Lorenz, der früher von einem Irrenhause in das andere gewandert ist, hat eine Anzahl von Straftaten hinter sich, mußte aber immer wieder wegen Geisteskrankheit freigesprochen werden. Aber auch dieser Lorenz fand in der völkischen Bewegung ein

Berätigungsfeld und völkische Freunde brachten ihn bei Siemens unter. Jetzt stecken die beiden Angeklagten den Witenratsplan und den Brief an Göy als einen „Bierul“ hin, behaupteten, sie hätten vorher viel getrunken und der Kaldorf wollte außerdem das ganze als Teil eines Romans (!) angesehen haben, den er angeblich in Arbeit hatte. Jetzt steht, daß die beiden mit zwei anderen Arbeitskollegen über das Unternehmen ernsthaft gesprochen haben. Da jedoch die beiden jetzt als Zeugen vernommenen Arbeitskollegen sich an die Einzelheiten nicht mehr genügend erinnern konnten, so ließ der Staatsanwalt die Anklage fallen und beantragte selbst die Freisprechung, die denn auch prompt erfolgte. Wenn auch in diesem Falle das Attentat nicht zur Ausführung gelangt ist, so zeigt doch der Brief, daß die beiden völkischen Geisteskranken vollkommen sich in die Pflicht der völkischen Attentäter hineingelebt und ihre Ausdrucksweise übernommen hatten. Die völkische Freiheitspartei und ihre nationalsozialistische Abspaltung werden wahrscheinlich auf ihre beiden aus dem Irrenhaus entsprungenen Mitglieder besonders stolz sein.

\*

Man nehme an:

Zwei Lübecker Kommunisten, ein paar von den ganz wilden, die noch vereinzelt hier herumlaufen, hätten sich verabredet, so. Magnifizenz Herrn Bürgermeister Dr. D. Neumann um die Ecke zu bringen. Einer von den beiden hätte an Kaldorf oder Schölem oder sonst einen Auswärtigen einen Brief geschrieben: „Das fetze Hugenberg-Schwein muß gefüllt werden; ich habe zwei sichere Beute von der Tischa an der Hand. Bestätige ihnen bitte, daß ich zuverlässig bin.“ — Er verspricht einem Kollegen 10 000 Mark, wenn er hilft; 10 000 Mark, die er aus Rußland erhalten soll. Zwei anderen Arbeitskollegen erzählt er auch von dem Plan und sucht sie zur Mithilfe zu gewinnen. Das alles steht a l l e m ä h i g fest.

Vor Gericht erklärt er hinterher, das war nur „ein Bierul“, und die Arbeitskollegen sagen: „Ganz genau haben wir ja nicht gewußt, ob er's ernst meinte.“

Was hätte das Gericht getan? Zum mindesten zunächst einmal sämtliche Beteiligten verhaftet, genau nachgeprüft, mit wem der Attentäter gesprochen hat, wer ihn in seine Stelle brachte, mit wem er verkehrte.

Nicht einmal das hat Herr Bombe für nötig gehalten; er hatte wieder mal keinerlei Interesse für die politischen Freunde des politischen Mörders.

Der Attentäter sagt: „Es war ein Bierul“ und der Staatsanwalt sagt: „Das muß man glauben.“

Eine gemüthliche Sache; wenn bei solchem Uff mal ein Minister ums Leben kommt — ja dann ist wohl der Minister schuld; der dumme Kerl hat eben keinen Spaß verstanden.

## Die britische Reichskonferenz

### Zerfällt das englische Weltreich?

Am Dienstag ist die britische Reichskonferenz zusammengetreten. Unter Vorsitz des Ministerpräsidenten von England versammelten sich die Ministerpräsidenten der fünf britischen Dominionen: Irland, Kanada, Südafrika, Australien, Neuseeland und ein Vertreter Indiens. Die Beratungen werden etwa einen Monat dauern. Sie umfassen die gesamten Reichsprobleme, die seit der letzten Konferenz im Jahre 1923 brennend geworden sind.

Das britische Weltreich steht nicht vor dem Zerfall. Es befindet sich auch kaum in einer heftigen Krise. Dennoch vollzieht sich hier ein langwieriger Prozeß, der die Struktur des Reiches verändert. Es handelt sich darum, daß das bisher von England beherrschte Imperium sich allmählich in eine Genossenschaft gleichberechtigter Völker umwandelt. Dieser Umwandlungsprozeß vollzieht sich ohne schwere Erschütterungen. Das britische Weltreich hat keine geschriebene Verfassung, sondern es beruht auf Herkommen und Ueberlieferung, die sich ohne grundstürzende Änderungen der wechselnden Entwicklung anpassen lassen.

Mannigfaltig sind die politischen Probleme, die die Konferenz beschäftigen. Der Selbstständigkeitsdrang der Dominionen (Dominion — sprich Dominionen — heißen die Teile des britischen Weltreichs, die ein eigenes Parlament und wirkliche Selbstverwaltung besitzen, also z. B. Kanada, Australien, Südafrika, D. K.) stößt gegen das Privileg des Auswärtigen Amtes in London, auswärtige Politik für das ganze Reich selbstständig zu machen. Einzelne Dominionen sind bereits dazu übergegangen, hier und da eigene Gesandte zu ernennen. Irland und Kanada haben je einen Botschafter in Washington, die aber der englischen Botschaft angegliedert sind. In Südafrika wurde in den letzten Monaten der Union Jack, die britische Reichsflagge, bekämpft, um eine eigene südafrikanische Flagge einzuführen. Australien und Neuseeland machten mehrfach Vorstöße, um der englischen Krone das Recht zu entwinden, die Gouverneure zu ernennen, die sie selber bestimmen wollen. Aber daß das zu einem Zerfall nicht führt, zeigt sich schon daran, daß starke Tendenzen bestehen, die sogenannten Oberkommissare der Dominionen in London in das englische Kabinett aufzunehmen oder ein besonderes Kabinett für Reichsfragen zu bilden.

Die Debatte über diese Organisationsprobleme wird am stärksten bestimmt durch das Vertragswerk von Locarno. Dieser Vertrag bedeutet nicht nur für den europäischen Kontinent den Beginn einer neuen Epoche. Er spielt für das britische Weltreich die gleiche Rolle. Zum erstenmal nämlich sind die Dominionen an ein wichtiges internationales Vertragswerk nicht automatisch durch die Unterzeichnung des englischen Außenministers gebunden worden. Im internationalen Recht treten sie als noch unselbständige Vertragskontrahenten im Versailler Frieden zuerst auf. Im Völkerbund sind sie selbständige Mitglieder, die auch gelegentlich gegen das Mutterland stimmen. Am Vertragswerk von Locarno aber haben Delegierte der Dominionen nicht mitgewirkt. Diesen Vertrag hat das Mutterland allein abgeschlossen, den Dominionen wurde es freigestellt, das Vertragswerk zu ratifizieren. Es ist wenig wahrscheinlich, daß sie das tun werden; der Vertrag enthält ja die Verpflichtung, im Falle eines Angriffs Frankreichs auf Deutschland oder Deutschlands auf Frankreich dem Angegriffenen zu Hilfe zu eilen. Diese Verpflichtung konnte England übernehmen, um auf dem europäischen Kontinent den Frieden zu erhalten und sich damit die Hände für die Weltpolitik frei zu halten. So werden voraussichtlich die Dominionen der europäischen Politik des Mutterlandes Beifall zollen, ohne die Verpflichtung einzugehen, dem Mutterland im Kriegsfall zu Hilfe zu eilen. Wie schon im Weltkrieg, so würde auch in künftigen kriegerischen Auseinandersetzungen die Hilfeleistung der Dominionen eine freiwillige und keine befohlene sein. Dazu kommen die Fragen, die aus dem Verhältnis zu Rußland, zu Japan und den Vereinigten Staaten entstehen.

Neben diesen außenpolitischen und organisatorischen Problemen des Reiches werden auf der Reichskonferenz auch wirtschaftliche Fragen erörtert. Hier ist insofern etwas Neues aufgetreten, als das Mutterland mehr und mehr zu einem wenigstens teilweise protektionistischen System übergegangen ist. Es wird sich also darum handeln, daß man versucht, die gegenseitige Bevorgung der Dominionen untereinander und mit dem Mutterland zu festigen und Richtlinien für eine gemeinsame Handelspolitik des britischen Reiches zu finden. Der Traum freilich eines einheitlichen britischen Zollgebietes, das sich von der übrigen Welt durch hohe Zollmauern abschließt und sich selbst genügt, ist ausgeträumt. Auch das britische Weltreich ist zu sehr in die Weltwirtschaft

## Der Umsturz im Elsaß

### Poincares Nachgeben

Poincare hat bekanntlich vor kurzem eine Studienreise durch das Elsaß und Lothringen beendet, auf der er sich besonders über die Sprachenfrage zu unterrichten versucht hat. Das Ergebnis dieser Informationsfahrt hat er in einem Schreiben an den Rektor der Straßburger Universität niedergeschrieben.

In diesem Schreiben kommt deutlich zum Ausdruck, daß die jeweilige französische Regierungspolitik auf dem Gebiet der Sprache durch den geschlossenen Widerstand der Bevölkerung fasto gemacht hat und daß die französische Regierung gewillt ist, den Forderungen der Elsäßer und Lothringer, die sich auf die Erhaltung der deutschen Sprache beziehen, entgegenzukommen. Kurz und knapp erklärt Poincare, daß „Frankreich niemals daran gedacht habe, den Gebrauch des Dialektes zu beschränken oder zu beeinträchtigen“. Das einzige, was verlangt werden müsse, ist, daß alle französischen Staatsbürger auch die französische Sprache beherrschen, wozu der zweisprachige Unterricht in der Schule ein geeignetes Erziehungsmittel sei.

Darüber hinaus hält der französische Ministerpräsident es für unerlässlich, daß die Kinder außer dem Dialekt auch „einigermaßen Hochdeutsch sprechen und schreiben können“. Da die Gefahr besteht, daß in der Zwischenzeit zwischen der Beendigung des Schulunterrichts und dem Beginn der Militärdienstzeit die jungen Leute das auf der Schule gelernte Französisch wieder vergessen, so fordert Poincare, daß sowohl in den Dörfern wie in den Städten ein Nachschulunterricht in der französischen Sprache entwickelt werden solle. Der Brief schließt mit einer Aufforderung des Ministerpräsidenten an den Rektor der Straßburger Hochschule, auf pädagogischen Konferenzen im Sinne dieser Richtlinien zu wirken.

Gleichzeitig wird bekannt, daß Poincare seine Aufmerksamkeit auch auf das Sprachenproblem im Gerichtswejen gerichtet habe. Es ist anzunehmen, daß nach endgültiger Prüfung dieser Frage auch auf diesem Gebiet neue Richtlinien zu erwarten sind.

## Prälat Seipel ist wieder österreichischer Ministerpräsident

Wien, 20. Oktober (Eig. Drahtber.)

Die bürgerliche Mehrheit des Nationalrates wählte am Mittwoch die neue Regierung Seipel. Die Verteilung der Ministerposten zwischen den beiden Regierungsparteien ist die gleiche wie bisher; nur wurde zum Vizekanzler der bisherige zweite Präsident des Nationalrates, Dr. Dinghofer, gewählt, der zugleich das Justizministerium übernommen hat. Der bisherige großdeutsche Justizminister Dr. Wabr wird am Mittwoch an Stelle Dinghofers zum zweiten Präsidenten des Nationalrats gewählt werden. Von den weiteren Ministern sind erwähnenswert der christlich-sozialer Dr. Riebenböck als Finanzminister und der Abgeordnete Schmitz, der zum Unterrichtsminister gewählt wurde. Schmitz war im früheren Kabinett Seipel Minister für soziale Verwaltung, wo er sich als fanatischer Arbeiterfeind betätigt hatte.

Bundeskanzler Dr. Seipel hat bereits in der Mittwochmorgens die Programmklärung der neuen Regierung abgegeben. Abgesehen von einigen Bosheiten gegen die Sozialdemokraten war sie ziemlich farblos. Für die sozialdemokratische Fraktion hat Genosse Seigl in einer längeren Rede die Stellung zur neuen Regierung dargelegt und erklärt, daß das Dreigestirn Seipel-Riebenböck-Schmitz von der Arbeiterschaft als Provokation aufgefaßt werden müsse.

\*

Wien, 20. Oktober (Eig. Drahtber.)

Im niederösterreichischen Landtag haben die Sozialdemokraten mit der Opposition gegen den Landeshauptmann Buresch begonnen, der in dem Korruptionsstand der christlich-sozialen Banken ebenfalls aufs schwerste kompromittiert ist. Die sozialdemokratische Partei verlangt seinen Rücktritt und wird ihn bis dahin aufs schärfste bekämpfen.





# Besondere Gelegenheit!



Herren-  
**Loden-Joppe**  
aus gutem Woll-Loden  
mit Plaidfutter warm gefüttert  
raubere Verarbeitung  
gute Passform  
in allen Größen vorrätig

## 19,75

# Holstenhaus

**Das Fahrrad**  
sein Bau, seine Instand-  
haltung u. Reparaturen  
von Oberingenieur  
G. A. Krumm u. R. Burger  
Mit 110 Abbildungen u.  
einigen Tabellen  
Preis 1,40 RM.  
Verhandlung  
Lübecker Volksbote  
Johannistr. 46

**St. Kronekuchen**  
10 Pfund 1,-  
Billiges Angebot in  
Schweizer  
1,20  
Silfiter  
1,20, 1,90, 2,50 RM.  
Edamer  
1,- (3436)  
Dänischer  
1,80  
Ganja  
1,70  
Kugelfäse  
1,50  
Margarine  
1,55  
Zwiebein  
1,20  
Edvard Speck  
5 Pfund 99 84

**Butter**  
allererste  
Guts-  
Reierei } 1.95  
Fast täglich frische  
Süßrahm-  
Margarine 1,-  
auch 90, 80, 70, 60 g  
mit den Käse-Zugaben  
Feste hinter-  
Schinken 1.90  
Dicken  
fetten  
Speck } 1.40  
Kägere,  
auch fette  
Mettwurst } 1.40  
Leberwurst  
Rotwurst } 85  
Täglich frisches  
Landbrot n.  
naannöversch. } 75  
Art Brot  
Deilkateß-  
Pumpernickel } 20  
**Markworths**  
Waschendes  
Glockengießerstraße 15  
Jernitz 146  
Zahlung: Barzahlung  
Lübecker Straße 91

Stoffe u. Stickereien  
zum Selbstbestimmen von  
**Wasche**  
**Torkum**  
Fünfhausener

**Zigarren**  
**Zigaretten**  
**Tabake**  
Brayere-Pfeifen  
**Zigarrenhaus Hansa**  
Fünfhausener 26 (3432)

**Heinz Eisgruber:**  
**Böllinge und**  
**deutschnationale**  
**Führer**  
100 Heldenbilder  
Preis 50 g  
Buchhandlung  
**Lübecker Volksbote**  
Johannistr. 46

**Warme Herbst-Kleidung**

Ansteuer Betten Kleiderstoffe Seide	Loden- (3457) Manchester- Leder- Anrüstungen
Herren-Anzüge Knab.-Garderobe Regenanzüge Manschl., Loden	Herren-Stiefel Damen-Schuhe Arbeitsstiefel Schaff-Stiefel

**Ehlers & Reetwisch**  
Holstenstr. 1 St. Petri 2-4

Infolge Konjunktur-Rück-  
gangs sind meine Preise  
in allen Abteilungen  
meiner großen Lager  
ganz wesentlich ermäßigt

## J. H. Pein

Breite Str. 64/63, Beckergrube 37, Markt 16/12 (3406)

**Billig! Billig! Billig!**  
Jetzt können auch Sie kaufen!  
Damenhemd . . . nur 85 g  
Kissenbezug glatt . . . 95 g  
Kissenbezug gebogt . . 1.45  
Kissenbezug Hohlsaum 1.30  
Bettbezug Linon . nur 5.80  
**Waller Griephan**  
Hünstraße 74

**Geschäfts-Übernahme**  
Dem geehrten Publikum zur Nachricht,  
daß ich das  
**Restaurant „Zur guten Quelle“**  
Glockengießerstr. 65  
übernommen habe. Bitte, das meinem  
Vorgänger entgegengebrachte Vertrauen  
auch auf mich zu übertragen.  
Hochachtungsvoll  
**Willy Uecker**  
Mein Restaurant „Zur guten Quelle“  
habe ich Herrn Willy Uecker überlassen.  
Bitte, daß mir bisher geschenktes Vertrauen  
auch auf meinen Nachfolger zu übertragen.  
Hochachtungsvoll  
3415) **Gustav Thomsen**

**Geschäftseröffnung**  
Dem geehrten Publikum von Schwartau  
und Umgegend zur Kenntnis, daß ich mit dem  
heutigen Tage wieder eine  
**Schlachterei und Wurstmacherei**  
eröffne. Es wird mein Bestreben sein, gute und  
preiswerte Ware zu liefern. (3431)  
Ich bitte mein Unternehmen gütigst zu unter-  
stützen.  
Hochachtungsvoll  
**Hans Jäde**  
Bad Schwartau, Schulstraße 13

**Auf Teilzahlung**  
Liefere wir bei sofortiger Warenmitgabe mit  
kleiner Anzahlung  
Herren-Anzüge / Uister / Schuhe  
Damen-Kleider / Mäntel / Leib- u.  
Bettwäsche / Gardinen / Inletts  
**Wäsche- u. Konfektions-**  
**Vertrieb** 3435  
LUBECK, Plattenstraße 2, I.

**Kaffee** tägl. frisch  
geröstet  
2.40-4.60  
**Tee** beiond. kräftig  
1/4 1/2 95 g an.  
**Margarine**  
2 60 g an  
Kunsthonig 2 34 g  
Zit. Auszugsmehl  
in 5-Z-Btl. 1.30  
Allerffst. Kuchenmehl  
in 5-Z-Btl. 1.50  
Mischobst 2 60 g  
Grüne Erbsen, gutt. 2 26 g  
Gelbe Erbsen „ 2 24 g  
Splittererbsen „ 2 26 g  
Gelbe gesch. Erbsen,  
gutloch. 2 30 g  
Schokoladenplättchen  
1/4 Pfd. 0.25  
Hütchen-Pralinen  
1/4 Pfd. 0.20  
Himbeer- u. Malzbomb.  
1/4 Pfd. 0.25  
Vollmilch-Schokolade  
100 gr, 3 Tfl. 95 g  
Ruß-Schokol. 3 Tfl. 85 g  
100 gr Block Tfl. 20 g  
500 gr Block 95 g  
**Billige Marmelade**  
Süßfrucht-Marmelade  
2-Z-Eimer 90 g  
Orangen-Konfitüren  
2-Z-Eimer 1.20  
Pflaumen-Konfitüren  
2-Z-Eimer 1.20  
Kirsch-Konfitüren  
2-Z-Eimer 1.80  
Aprikosen-Konfitüren  
2-Z-Eimer 1.80  
Erdbeer-Konfitüren  
2-Z-Eimer 2.00  
**Hamb. Kaffeelager**  
**Thams & Garis**  
Lübeck  
Breite Str. 58, Tel. 3768  
Hühstraße 43.  
**Bad Schwartau**  
Lübecker Straße. 3439

Republikantisches  
**Niederbuch**  
Eine Sammlung  
von ernsten und  
heiteren Nieder-  
texten für wasser-  
ländische Feiern u.  
kameradschaftliche  
Veranstaltungen,  
die unter den  
Farben  
**Schwarz-Rot-Gold**  
statfinden.  
Preis 35 Pfennig  
mit roten 70 Pfg.  
Buchhandlung  
**Lübecker Volksbote**  
Johannistr. 46  
**Wenzel**  
Werderstraße 18

**Zentralverband  
der Zimmerer**  
Zahlstelle Lübeck  
Am Sonntag, dem 24.  
Oktober, vorm. 10 Uhr  
**Zahlstellen-  
Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus.  
Der Vorstand.

**Stadttheater Lübeck**  
Donnerstag, 8 Uhr:  
Süßel (3430)  
Ende 10.00 Uhr  
Freitag, 8 Uhr:  
**Die ersten Menschen**  
Sonabend, 8 Uhr:  
Scheinefisch  
(Uraufführung)  
Sonabend, 8 Uhr:  
(Kammerspiele)  
**Das Grabmal des  
unbekannten  
Soldaten** (2. Abt.  
Vorstellung)  
Sonntag, 2.30 Uhr:  
Faganini  
Sonntag, 7.30 Uhr:  
Der Delow  
(Einmaliges Gastspiel  
Eise Kochmann)  
Montag, 8 Uhr:  
Gejellshaff  
Montag, 8 Uhr:  
(Kammerspiele)  
**Das Grabmal des  
unbekannten  
Soldaten**  
Die Gutschew-Abon-  
nenten, die ihre jährigen  
Gutschew für die zweite  
Abonnementsperiode noch  
nicht eingelöst haben,  
werden gebeten, dieses  
noch im Laufe dieser  
Woche zu tun.

**Kaffeehaus Moisting**  
Sonabend, 28. Novbr., abends 8 Uhr  
**Groß. Konzert**  
ausgeführt von der Reichsbanner-  
Kapelle Lübeck  
mit nachfolgendem  
**BALL**  
Anfang 8 Uhr (345) Ende ???  
Eintritt: Herren 60, Damen 40 Pfg.

**Luisenlust**  
Freitag: **Gr. Tanzkränzchen**  
Eintritt und Tanz frei.

**Städtisches Orchester**  
**2. Volkstümliches Konzert**  
Sonabend, d. 23. Okt., abds. 8 Uhr  
im Gewerkschaftshaus (3423)  
**Lortzing-Feier**  
Leitung: Kapellmeister Borovka  
Opernsängerin Marg. Wagner  
Solisten: Opernsänger Carl Buschmann  
Opernsänger Georg Redtkemper  
Karten zu 50 Pfg. in den Vorverkaufsstel-  
len: zuss. Borchert, Breite Straße,  
Barnekow, Hürterdamm und in den  
Warenabgabestellen des Konsumvereins.

## Die Arbeiterschaft fertig zum Wahlkampf!

**Eine überfüllte Mitgliederversammlung / Es melden sich 200 neue tätige Genossen! / Glänzende Stimmung / Die Versammlung lehnt einstimmig jeden politischen Kampf mit dem Ueberläufer Haase ab! / Die sozialdemokratischen Senatoren geben eine gemeinsame Erklärung ab**

### Der Kampf beginnt!

Das war in kurzer Reihenfolge die dritte Mitgliederversammlung. Außerdem tagte gleichzeitig der Mieterklubverein und der Schulverein. Der eine oder andere war steif, ob die Versammlung sich wirklich lohnen würde. Die anderen aber erhofften von der Vorarbeit von „Recht und Freiheit“, daß die Arbeiterschaft antworten würde wie seit Jahren nicht mehr. Und diese anderen haben recht behalten.

Seit Jahren hat die sozialdemokratische Partei eine solche Mitgliederversammlung nicht mehr erlebt. Obwohl wir nur die tätigen Genossen, und solche, die in Zukunft mitarbeiten wollen, aufgerufen hatten, füllten doch mindestens 1500 Genosseninnen und Genossen den Saal. Und der kurze Appell, die Reihen der „Tätigen“ zu verstärken, brachte uns einen Zuwachs von rund 200 neuen tätigen Genossen.

Selbstverständlich war die Versammlung in keiner Weise auf Wirkung nach außen gestellt. Sie sollte den Wahlkampf vorbereiten, die gesamten Arbeiten und die Organisation klarstellen. Sie sollte den Genossen die Absichten und Ziele dieses Wahlkampfes eingehend und eindringlich erläutern und sie zur Arbeit anleiten und anspornen.

Im Mittelpunkt der Rede des Genossen Leber standen deshalb seine Ausführungen über den Ausbau der Organisation der tätigen Genossen und über die Organisation der Wahlarbeit insgesamt, über die Propaganda in der Presse, in Sonderflugblättern, in Versammlungen usw.

Immerhin machte der Genosse Leber über einige politische Zusammenhänge, insbesondere aber auch über den politischen „Charakter“ eines Haase einige Mitteilungen, die für die ganze Mitgliedschaft von Interesse sind. Und auch der einstimmige Entschluß der Versammlung, diesen Wahlkampf rein sachlich, rein politisch zu führen, wird die breite Öffentlichkeit interessieren.

\*

Kurz nach halb acht Uhr eröffnete der Genosse Haut die Versammlung, dankte für den überaus glänzenden Besuch und erteilte das Wort dem

#### Genossen Dr. Leber

Nach einigen humoristischen Bemerkungen über Frack, Zylinder und ähnliche Kleidungsstücke ging der Redner zur Sache über und führte ungefähr aus:

#### Genossinnen und Genossen!

Die Wahl, die in drei Wochen hier stattfindet, wird für die Entwicklung des lübeckischen Gemeinwesens von ungeheurer Bedeutung sein. Seit unserer Schlappheit beim Volksschied hat sich die Lage durch die taktisch und politisch ungehörige Haltung der Gegner im lübeckischen Parlament so entwickelt, daß seit einigen Wochen im Senat eine Linksmehrheit vorhanden ist. Die Frage, die jetzt durch die Wahl zu entscheiden ist: wird die lübeckische Bevölkerung dieser Linksmehrheit im Senat auch eine Linksmehrheit in der Bürgererschaft zur Seite stellen? Dies ist unser Ziel. Erst dann ist unsere Position, die wir im Senat geschaffen haben, gesichert. Gelingt dies nicht, dann werden unsere Gegner auch im Senat rücksichtslos aufräumen. Gelangen ihre Pläne, so würden sie zunächst drei Senatoren beseitigen: die beiden zuletzt gewählten, Eckhardt und Dr. Geister, und den Genossen Dreger. Der letztere ist ihnen darum ein Dorn im Auge, weil er angeblich Gewerkschafts- statt Gemeinwesen-Interessen vertritt. Würde ihnen dieser Schritt gelingen, dann hätten sie wieder die Mehrheit im Senat. Eine weitere Maßnahme wäre dann die Beseitigung des Genossen Löwig als Bürgermeister und die

#### Wiedererziehung des Herrn Andreas Neumann mit Glanz und Gloria.

Zweifellos würde bei ihrem Siegeszug ins Rathaus der ganze Pomp und Prunk der 700-Jahr-Feier noch einmal hervorgeholt.

Dann wäre noch General v. Morgen zu erwähnen. Er hat den bekannten Ruf: beide nicht deswegen nicht unterschrieben, weil er etwa nicht mitmachen will, sondern weil man glaubt, der Name würde den einen oder anderen stutzig machen. Aber es besteht eine Abmachung zwischen dem Hanseatischen Volksbund und dem Landesriegerverband. Dieser hat seine Wahlhilfe nur unter der Bedingung in Aussicht gestellt,

#### daß das Polizeiamt dem Genossen Mehrlein wieder genossen wird.

(Hört, hört!) Das Polizeiamt ist ja für die Öffentlichkeit das wichtigste Amt, an dessen Spitze man lieber einen abgetakelten Offizier oder Admiral hätte. Und es ist festzustellen, daß der Hanseatische Volksbund auf diese Bedingung des Landesriegerverbandes eingegangen ist. So sehen die Pläne unserer Gegner aus, die genau wissen, worauf es ankommt: auf den endgültigen Kampf um die politische Macht in Lübeck. Siegt die Linke noch einmal, dann können die Patrioten auf Jahrzehnte hinaus ihre politischen Köpfe packen. Weil sie dies wissen, darum lassen sie jetzt schon alle Minen springen und bereiten einen Wahlkampf vor, der für Lübeck bisher unbekannt war. Unseren Gegnern steht Geld ohne Grenzen zur Verfügung. Lübeds Kauf- und Industrieherrn feuern kräftig bei. Zudem arbeitet die große Organisation der 700-Jahr-Feier für den Hanseatischen Volksbund. An der Spitze dieses Völkerbundes steht der Major Drews, dessen rechte Hand Redakteur Düesberg ist. Es ist das die Organisation der 700-Jahr-Feier. Und die Frage wäre zu stellen, ob nicht neben den persönlichen Leitern der 700-Jahr-Feier auch gewisse materielle Mittel übrig geblieben sind.

Die bisherigen Anführer des Wahlkampfes sind einzig dastehend. Der Aufruf, der den Wahlkampf eingeleitet hat und unter dem 250 Namen stehen, war zunächst nichts anderes als

ein Zwang für die politischen Parteien und die Wirtschaftliche Vereinigung, sich zu einigen. Man trat mit einer fertigen Tatsache vor die Öffentlichkeit, um zu verhindern, daß die politischen Parteien wieder ausbrechen, wie es die Volkspartei heute gern tun möchte.

Aber außerdem wollte man der Bevölkerung vortäuschen, daß hier alle Schichten vertreten seien. Zu diesem Zweck hat man auch sogenannte „Arbeiter“ unter den Aufruf gesetzt. Und — die darunter stehen, können sie auf Ewigkeit behalten. Da hat z. B. ein Arbeiter Willi Wegner unterzeichnet, der vor wenigen Jahren noch Gruppenführer in einer proletarischen Hundertschaft, der Vorgängerin des Roten Frontkämpfer-Bundes, war. Weiter hat ein Arbeiter Alfred Grieger unterzeichnet, der ebenfalls vor nicht allzu langer Zeit noch Kommunist war. Für den GDV unterzeichnet dessen Vorsitzender Siemens. Dieser Siemens hat bis zum Tage des Erscheinens des Aufrufes mit den Demokraten verhandelt, um für alle Fälle auf beiden Seiten gesichert zu sein.

Zurzeit wird die Aufmerksamkeit der „geistigen“ Kreise Lübeds allerdings hauptsächlich auf die Zeitschrift

#### Recht und Freiheit

gelenkt. Wer die ersten vier Nummern durchgeblättert hat, wird die überraschende Entdeckung gemacht haben, welche schreckliche Sektens es in unserer Partei gibt. Z. B. die Pichanisten. Ich freue mich immer, wenn mich ein Gegner mit Witz und Schärfe angreift. Man geht in der Politik eben aufs Duell. Der Stärkere und Gewandtere siegt. Aber in dieser Zeitschrift ist weder Geist noch Schärfe zu finden, sie ist nicht einmal gemein, nur dumm ist sie, maßlos dumm und langweilig. Wir haben sie deshalb völlig ignoriert. (Zuruf: Sehr richtig!)

Der geistige Hauptmann dieser Zeitschrift ist der bekannte Haase. (Er selbst nennt sich Lampe.) Die große Mehrheit der hier anwesenden Genossen wird sich erinnern, daß dieser Haase einst Mitglied unserer Partei war, der sich an dieser Stelle gegen den Beschluß des Parteivorstandes, ihn hinauszumerken, verteidigte. Er verlangte von der Partei wenigstens das Recht auf mildernde Umstände. Die Versammlung gewährte ihm diese und schloß dann Haase einstimmig aus der Partei aus.

#### Haase war in der Partei niemals etwas anderes als ein Spion,

und nicht einmal als Spion war er ehrlich. Er war bereit, beide Teile zu verraten. Wäre er bei uns etwas geworden, dann hätte er glatt seine Aushalter im Stich gelassen. Und erst als er den Widerstand der Profeten gewährte, die ihm nicht trauten, zog er die Konsequenzen und schwenkte allmählich ins rechte Lager. Dieser Haase hat in seiner Spionszeit für den „Lübecker Volksboten“ einige Artikel geschrieben, in denen er dieselben

#### gemeinen persönlichen Beschimpfungen — etwas wichtiger allerdings — gegen das Bürgertum

losließ, wie er sie jetzt gegen uns anwendet. Er schrieb z. B. am 29. 12. 21 u. a.:

Der innere Zustand unseres Bürgertums ist ein so erbärmlicher, daß es schwer fällt, ihn ohne mitleidähnliches Unbehagen zu beschreiben. Fast auf der ganzen Linie wurde die Führung der bürgerlichen kommunalpolitischen Arbeit an Intelligenzen zweiten Grades abgetreten. So gut wie alle mit dem reichen Erfahrungsmaterial der Vergangenheit ausgerüstete Vertreter des Bürgertums sind abgetan; ein stotterndes Epigonentum trat an ihre Stelle. Es sind in der Mehrzahl Männer, die in ihren politischen Gruppen und Gruppen gute Bierbrotreden halten konnten, ohne ihre geistige Spannkraft übermäßig anzustrengen, oder auch solche, die im ehemaligen Detailistenverein fraule, wirtschaftspolitische Gedanken im Brusttone eines gut situierten Lübecker Bettlakenkaufmannes vortrugen. Diesen durchaus nicht imaginären Bettlakenkaufmann dürfen wir als einen Typ unseres Bürgertums betrachten, das seine staatsbürgerliche Impotenz in den Ergebnissen der letzten Bürgerwahlen offenkundig darlegte. . . .

Das geschäftstreibende Bürgertum hat zurzeit alle Hände voll zu tun, um die Nachkonjunkturen mit der robusten Rücksichtslosigkeit eines Lübecker Bettlakenkaufmannes auszunutzen und die Tätigkeit des Finanzamtes durch „doppelte“ Buchführung zu erleichtern. Die Staatsgeschäfte sind ihm recht gleichgültig. . . .

So schrieb der Mann, der heute der geistige Vorkämpfer dieses gleichen Bürgertums ist. Das ist nur ein kleiner Auszug daraus, was wir gegen Haase vorbringen könnten. Vor vier Jahren schrieb er: auf der Arbeiterschaft ruhe die ganze staatspolitische Verantwortung allein, aus dem Bürgertum sei Hilfe nicht zu erwarten. Heute jedoch gibt es nach Recht und Freiheit nur eine staatspolitische Produktivität und das ist die bürgerliche. Im allgemeinen entwickelten sich ja nur Schmetterlinge in dieser Weise. Für einen Haase haben wir nur absolute Verachtung. Sollte das Bürgertum diesen Herold seines Geistes und seiner Kultur in die Bürgererschaft schicken — so wird

## Die Wählerlisten

**liegen täglich von 10—1 u. 3—5 Uhr im Kath. Gesellenhaus aus**

für die Stadtgemeinde Lübeck (einst. täglich Borwerk, Krempelsdorf, Israelsdorf, Gohm, Schönböden und Wesloe, jedoch ohne Padelüge, Hohensteige und die obere Koislanger Allee von Nr. 125 und Nr. 130 ab)

**Jeder muß Einsicht in die Wählerlisten nehmen!**

uns hoffentlich niemand zumuten, daß wir uns mit solcher Zusammenarbeit beschmutzen.

Die neueste Nummer des genannten Wahlkampfblattes redet wieder von Unstimmigkeit in unseren Reihen. Es kündigt an, Mitteilungen zu haben von prominenten „Revisionsisten“ innerhalb der Partei. Die Mitteilungen, die wir bisher aus „Recht und Freiheit“ erfahren haben, beweisen nur eins: Daß unsere Mitglieder absolut verschwiegen waren, daß Haase nichts, aber auch gar nichts weiß. Wenn er behauptet, daß gegen die Kandidatenstellung gewesen sei (allgem. Heiterkeit), so ist er von seinen prominenten Gewährsmännern herzlich angelogen worden. Und von den tatsächlichen Auseinandersetzungen, die hier stattgefunden haben, weiß er kein Wort.

Dieser „Haase“ malt heute weiß, was er einst überschwärzte und umgekehrt. Das könnte man ihm ja noch gar nicht so sehr übelnehmen, da er, wie gesagt, bei uns nichts werden konnte — was sollte er da machen? Ehrgeiz hat er mal, der kleine hysterische Mann. Wo —

Es kommt bei seiner Handlung aber noch ein anderes hinzu. Bei den bekannten Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei im Jahre 1923 war er mit einigen Genossen (er war damals selbst noch Parteimitglied) befreundet. Und im Freundesgespräch mag mal ein Wort mehr gefallen sein, als notwendig war. Aber, sagt man nicht zu einem Freund und Genossen manchmal etwas, was nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist? Da also will Haase von dem einen oder anderen Genossen (er nennt z. B. den Gen. Mehrlein) Partei gesagt bekommen haben — und diese Mitteilungen bringt er nun an die Öffentlichkeit und droht noch weitere „Indiskretionen“ an.

Für solche Handlungsweise gibt es nur ein Urteil: sie ist ehrlos und sie ist charakterlos! (Stürmischer Beifall, Zwischenrufe: Haase ist immer ein Lump gewesen! Wir haben ihn zu lange gehalten! Er war doch nur ein Spitzel!) Genossen! Ihr regt Euch zu sehr auf. Ein Mensch von der politischen und moralischen Charakterlosigkeit dieses Haase verdient weder eine Aufregung noch eine Bekämpfung. Das Urteil, das das Bürgertum über einen Mann von solcher moralischen Qualität fällen will — müssen wir diesem Bürgertum selbst überlassen. Unser Urteil aber steht fest: Haase paßt ausgezeichnet zu dem „Arbeiter“ Wegner, den ich Ihnen soeben skizziert habe. Die Frage „Haase“ ist nichts anderes als eine „Geldfrage“. Er kämpft da, wo er den größten persönlichen Vorteil findet oder erhofft.

Im Wahlkampf wird die Absehung von Neumann und Friedrich eine große Rolle spielen. Ihr wißt, welche Gründe uns bewegen haben, mit dem ehemaligen Genossen Friedrich abzurednen. Seine Entwicklung in den letzten zwei Jahren beweist, wie recht wir damals taten. Er trat sofort aus der Partei aus, bestellte den Lübecker Volksboten ab und wurde einige Monate später Mitglied der Deutschen Volkspartei. Er existiert für uns nicht mehr. Ein Sozialdemokrat hat bei der Fahne zu bleiben, selbst wenn er glaubt, daß ihm Unrecht geschieht. (Sehr richtig!)

Nach einigen Ausführungen über den „Hanseatischen Volksbund“ ging der Redner dann in längeren Ausführungen auf den Wahlkampf selbst ein und fuhr dann fort:

Wir werden einen erbitterten Wahlkampf erleben. Geld und Unstimmigkeit werden dabei keine Rolle spielen. „Recht und Freiheit“ gibt ja einen Vorgehensmaßstab des Kommenden. Wir werden auf dieses Niveau nicht herabsinken. Unser Wahlkampf wird der Sache dienen und wird mit sachlichen Gründen geführt werden. Die privaten und familiären Angelegenheiten unserer Gegner existieren für uns nicht. Nur die politische Persönlichkeit steht mit uns auf dem Kampfboden. Und auf diesem Kampfboden werden wir die Banner unserer Ideale aufpflanzen; Schritt für Schritt werden wir sie vorrücken. Werden wir eintreten für das, was die Arbeiterschaft, was der Sozialismus Recht nennt und Freiheit!

Die Arbeiterschaft Lübeds weiß, was auf dem Spiel steht. Sie wird ihre Pflicht tun. Genossen, wir können Euch in dieser Stunde nur die eine Parole zurufen:

**Macht Euch fertig zum Wahlkampf!**

\*

In der

#### Debatte

sprach zuerst der Gen. Scheel, der aus der Sparteerbewegung bekannt ist. Er appellierte an alle Arbeiter, die ihr Geld verloren haben, sei es in Kriegsangelegenheiten, sei es auf der Sparkasse, den im Volksbund geernteten Aufwandsbeiträgen am 14. November die richtige Quittung zu geben. Nur in einer großen Partei wie der sozialdemokratischen könnten die Sparte ihre Interessen vertreten, niemals aber in einer kleinen Sonder- oder Splittergruppe.

Andere Redner wiesen auf die geplante Kriegsbeschädigtenliste hin, die eine Mischung von kommunalistischen und bürgerlichen Elementen darstelle — von der sich die sozialdemokratischen Kriegsbeschädigten aber sorgfältig fernhalten. Viele löste die Frage nur Zersplitterung in die Arbeiterschaft. Der Kriegsbeschädigte Arbeiter wählte selbstverständlich sozialdemokratisch, wählte die Partei, die bisher ihre beste Kraft für die Opfer des Krieges eingesetzt hat.

Danach nahm der

Genosse Senator Mehrlein

das Wort und gab

im Namen sämtlicher sozialdemokratischer Senatoren folgende Erklärung ab:

Selbstverständlich gibt es in der großen sozialdemokratischen Partei da und dort Meinungsverschiedenheiten. Die Dinge, von



# Angrenzende Gebiete

## Lauenburg

**Mün.** Raub oder Verbrechen? Im August erkrankt bei der Donnerschleuse im Elbe-Fluss-Nahe der Landwirt Ehlers aus Panten im Lauenburgischen. Es war nicht festzustellen, ob E. verunglückt, oder einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Eine größere Summe Geldes, man sprach von 1200 RM., die Ehlers bei sich getragen haben soll, wurde nicht gefunden. Nun wurde nach Zeitungsmeldungen ein Handwerksbursche in Heide ermittelt, der einige Tage nach dem Vorfalle in einem Absteigequartier bei Eternförde mit vielen Papierscheinen prahlte, die nach und zerfällt waren. Durch Nachforschungen wurde erwiesen, daß der Handwerksbursche am fraglichen Tage an der Donnerschleuse gewesen ist. Ob er am Tode Ehlers schuldig ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

## Hansestädte

**Hamburg.** Ein brennender Biermaster vor der Elbemündung. Der finnische Biermaschinenbau „Solar-Jernan“ wurde Mittwoch brennend auf der Südseite des Schiffs bei Feuererschiff „Elbe 2“ angetroffen. Die Mannschaft konnte durch das Motorschiff „Waldtraut Horn“ gerettet werden. Dem Bugierschlepper „Molan“ gelang es nach erheblichen Bemühungen, das Schiff abzubringen und nach Cuxhaven einzuschleppen. Es brannte im Hinterschiff, von dem die beiden Masten dem Feuer zum Opfer fielen. Das Schiff war mit einer Holzladung von Schweden nach London bestimmt.

## Mecklenburg

**Hagenow.** Die Hochwasserschäden des Sommers wurden durch eine Kommission festgestellt. Diese Erhebungen haben ergeben, daß im Amtsbezirk nicht weniger als 13285 Morgen landwirtschaftlich genutzter Flächen total vernichtet sind. Diese Summe verteilt sich auf die einzelnen Fruchtarten folgendermaßen: Den größten Anteil haben Wiesenflächen mit 69 Prozent, Weiden mit 16 Prozent, Kartoffeln und Hafer mit je 4 Prozent, Roggen und Rübren mit je 2 Prozent, Futtermittel und Gartengewächse mit je 1 Prozent, Gemüse, Spargelanlagen und Weizen mit zusammen 1 Prozent. Auf diesen Zahlen fußend, ergibt sich unter Berücksichtigung der von der Ministerialkommission aufgestellten Nichtzahlen eine Schadenssumme von 920 000 Mark für das Amt Hagenow, dem eine solche von 250 000 Mark für das Amt Ludwigslust gegenübersteht. Das Finanzministerium hat nun zur Verringerung der Schäden einen Betrag von 400 000 Mark einschließlich der Reichsbeiträge von 63 000 Mark und einer Summe von 3800 Mark zum Ankauf von anerkanntem Saatgut zur Verfügung gestellt.

# Die Lauenburger Sonderrechte

Konferenz der Sozialdemokratie in Lauenburg

Büchen, 18. Oktober

Schon bei der letzten Provinziallandtagswahl spielten die Lauenburger Sonderrechte eine gewisse Rolle. Damals wollte der Kreisausschuß des Kreises „Herzogtum Lauenburg“ entgegen Verfassung und allgemeinem Recht die dem Kreise Lauenburg zustehenden drei Abgeordneten für den Provinziallandtag nicht direkt durch die Bevölkerung, sondern durch den Kreisstag wählen lassen, wobei er sich auf die dem Kreise Lauenburg vor fünfzig Jahren durch Staatsvertrag zugesprochenen Sonderrechte berief. Das führte zu erheblichen Differenzen, die erst durch eine Verfügung des preussischen Innenministers im Sinne des allgemein geltenden Rechtes aus der Welt geschafft wurden. Aber auch

sonst sind die Sonderrechte des Kreises Lauenburg für das politische Leben der Provinz Schleswig-Holstein von sehr einschneidender Bedeutung, weil Lauenburg mit seiner geringen Bevölkerungszahl Vorrang genießt, wie sie sonst keiner kreisfreien Stadt und keinem Kreis zustehen. Das hat nach der Provinziallandtagswahl wiederum zwischen den Provinzialkörpern und dem Kreis zu Differenzen geführt, die jetzt im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens ausgetragen werden.

Zur Klärung dieses schwierigen Problems hatte nun die Sozialdemokratie des Kreises Lauenburg für Sonntag eine Konferenz nach Büchen einberufen. Dort ging zunächst Kubach, Vertreter, Vorsitzender der Kreisstagsfraktion, in kurzen Ausführungen auf die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion zu dieser Frage ein. Er gliederte das Problem in zwei Teile, einen politischen und einen wirtschaftlichen Teil. Soweit es sich um die wirtschaftliche Seite der Sonderrechte handelte, müsse die Fraktion, wie der Redner ausführte, an diesen Rechten festhalten, das heißt, man könne dem Kreise nicht zumuten, daß er seinen umfangreichen Besitz zugunsten der Provinz aufgeben solle. Soweit die politischen Sonderrechte in Frage kommen, sei die sozialdemokratische Kreisstagsfraktion bereit, sich dem allgemein geltenden Recht in Preußen zu fügen. Der Redner wies dann kurz erläutend noch darauf hin, wie diese Sonderstellung des Kreises Lauenburg zustande gekommen ist und legte darauf der Konferenz eine entsprechende Entschließung zur Annahme vor.

Sodann nahm Oberbürgermeister Brauer, Altona, das Wort. Er hob hervor, daß nicht so sehr die wirtschaftliche Seite, sondern vor allem die politische Seite von Bedeutung ist, weil Lauenburg durch die Sonderrechte einen Einfluß auf die Provinzialverwaltung gewinnt, der weit über seine Bedeutung und seine Bevölkerungszahl hinausgeht. In diesem Zusammenhang sei weniger die Frage: direkte oder indirekte Wahl wichtig, als vielmehr die Tatsache, daß das kleine Lauenburg mit seinen 55 000 Einwohnern das Recht habe, drei Abgeordnete in den Provinziallandtag und einen Vertreter in den Provinzialausschuß zu entsenden, wodurch wiederum wichtige Wahlen (zum Staatsrat, zum Reichsrat, zum Bezirksauschuß und zum Provinzialrat) ganz bedeutend beeinflusst würden. Die ganze Angelegenheit müsse vom Standpunkt einer großzügigen Verwaltungsreform, das heißt einer Vereinheitlichung des Verwaltungsapparates durch Zusammenhang der kleinen Landkreise betrachtet werden. Wenn man sich aber schon, wie der Vorredner erklärte, in den theoretischen und politischen Fragen einig sei, dann dürfe die wirtschaftliche Seite eigentlich nur noch von untergeordneter Bedeutung sein. Tatsache sei, daß die Steuerkraft der kreisfreien Städte für die finanzielle Leistungsfähigkeit der Provinz den Ausschlag gebe. Es ist daher nicht mehr wünschenswert und billig, daß die Landkreise wenigstens zu ihrem Teil an diesen Lasten teilnehmen. Die Provinz Schleswig-Holstein muß

leistungs- und lebensfähig erhalten werden, damit sie ihre sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben im Interesse der Gesamtbevölkerung erfüllen kann. Dazu muß auch der Kreis Lauenburg beitragen.

Staatssekretär z. D. Göhre als Mitglied des Lauenburger Kreisausschusses wies darauf nochmals auf die schwierige Stellung der Lauenburger Sozialdemokratie hin. Bezüglich der politischen Sonderrechte brachte er dann zum Ausdruck, daß diese nicht auf ewige Zeiten unabänderlich bestehen bleiben könnten, sondern für Lauenburg selbstverständlich auch die preussischen Gesetzgebung haben müßten, wie das übrigens schon von Bismarck beim Abschluß des Staatsvertrages erklärt worden sei. Anders dagegen sei die wirtschaftliche Seite des Problems zu bewerten. In diesem Punkt müsse doch wohl verlangt werden, daß die einmal geschlossenen Verträge langfristige Berücksichtigung finden, das heißt, man dürfe dem Kreise Lauenburg nicht ohne weiteres sein Vermögen nehmen. Man muß bedenken, daß es sich doch immerhin um Forst- und Domänenbesitz handelt, der schätzungsweise einen Wert von 30 bis 35 Millionen Mark hat. Willy Verdieck, Kiel, schloß sich in der Beziehung den Ausführungen von Brauer an. Auch er betonte, daß es darauf ankomme, daß Lauenburg von seinen Rechten aufgab, damit die Provinz leistungsfähiger wird. Es sei dabei aber niemals daran gedacht worden, dem Kreise Lauenburg das gesamte auch im allgemeinen schon darüber einig ist, daß die politischen Sonderrechte fallen müssen, so steht es doch außer Zweifel, daß Lauenburg durch die Aufgabe seiner Sonderrechte ganz erhebliche Opfer bringen würde. Eine Einigung über die wirtschaftliche Seite wird wohl am ehesten dadurch zu erzielen sein, daß man durch Verhandlungen vom Provinzialverband zum Kreisverband übernehme, den Landesbesitz des Kreises Lauenburg von dem Kreisvermögen zu scheiden. Meyer, Lauenburg, betonte, daß selbst ein sozialdemokratischer Landrat die Sonderrechte nicht ohne weiteres preisgeben könne. Er wies dann auf die unzulängliche Fürsorge und Schulverfassung in Lauenburg hin und erklärte, daß allerdings von diesem Standpunkt aus eine Eingliederung in den Provinzialverband nur wünschenswert sei. Oberbürgermeister Brauer hob dann nochmals hervor, daß in erster Linie die politischen Fragen entscheidend sind. Soweit es sich aber um die finanzielle Seite handle, dürfe man sich nicht so sehr auf den geschätzten Wert des Forst- und Domänenbesitzes stützen, sondern müsse danach urteilen, welche Rente dieser Besitz abwerfe. Die Rente aus dem Domänenbesitz ergebe aber doch bei einer Kapitalisierung einen weit geringeren Wert. Staatssekretär z. D. Göhre hielt zum Schluß die Ausführungen von Brauer, soweit die Verhandlungen von Verband zu Verband in Frage kommen, für sehr beachtlich, empfahl aber, mit weiteren Schritten doch solange zu warten, bis das Ergebnis des Verwaltungsstreitverfahrens vorliegt. Auf keinen Fall dürfe eine Regelung durch diktatorischen Nachspruch erfolgen, und zwar um so weniger, als wegen der in noch weiter Ferne liegenden allgemeinen preussischen Verwaltungsreform kein Grund zur beschleunigten Lösung der Lauenburger Frage vorliege. Mit allem gegen eine Stimme wurde folgende Entschließung angenommen:

Die Kreisversammlung der Sozialdemokratie von Lauenburg beschließt: 1. Die Sozialdemokratie von Lauenburg hält daran fest, daß das lauenburgische Domänenvermögen gemäß Staatsvertrag vom 23. Juni 1876 ausschließlich Besitz des Kreises Herzogtum Lauenburg ist und daß eine Verringerung nur im Wege von Vereinbarungen erfolgen kann. 2. Bezüglich der übrigen Sonderrechte aus diesem Verträge ist die Sozialdemokratie von Lauenburg der Auffassung, daß Verringerungen, die von den preussischen gesetzgebenden Faktoren beschlossen sind oder werden und für Lauenburg Gültigkeit haben.

Sodann wurden in dieser Konferenz noch einige parteiorganisatorische Angelegenheiten erledigt. Es wurde u. a. ein neues Statut für den Aufbau der Kreisarbeitgemeinschaften in Lauenburg beschlossen, ferner wurde bis zum nächsten Jahre ein provisorischer Vorstand gewählt und außerdem eingehend zur Frage der Bildung von Arbeiterwohlfahrtsorganisationen Stellung genommen. Der Ausbau dieser Organisation soll nach Kräften gefördert werden.



**Die der Waschtüche**

*entscheidet sich das Schicksal Ihrer Wäsche, und Sie selbst haben es in der Hand. Benutzen Sie daher zum Waschen nichts anderes als Dr. Thompson's Seifenpulver und Seifex (beides zusammen 45%) Sie haben dann die Gewißheit, daß Ihre Wäsche gesichert und nicht angegriffen wird.*



**KATZENFELLE**  
gegen Rheuma, Gicht und Hexenschuß von 1.20 an. (3409)  
**Schroeders Drogerie, Glockengießerstr. 46.**

## Amtslicher Teil

**Das Konkursverfahren**  
über das Vermögen des Kaufmanns Carl Friedrich Eduard Nibberg in Lübeck, Marktstraße Nr. 17, wird, nachdem die Schlussverteilung erfolgt ist, hiermit aufgehoben. (3442)  
Lübeck, den 18. Oktober 1926  
Das Amtsgericht, Abteilung II

## Nichtamtlicher Teil

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Hochzeit dankt herzlich Hermann Schumacher und Frau Käthe (3418) geb. Hummel.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke dankt herzlich (3424) Johann Köster und Frau

Nach kurz. schwer. Krankheit farb heute meine liebe, gute Frau, meiner Kinder liebevolle Mutter, meine gute Tochter, Schwieger-tochter, Schwester, Schwägerin u Tante  
**Käthe Bünse**  
geb. Vogel  
im 31. Lebensjahre  
In tiefer Trauer  
**Wilhelm Bünse**  
nebst Kindern u allen Angehörigen  
Schwartau, 20. Okt., Auguststr. 42. (3426)  
Beerd. am Sonntag, dem 23. Okt., nachm. 4 1/2 Uhr, von der Kapelle Friedhof Heinefeld.

**Nachruf!**  
Durch Freitod verschied am Sonntag der Schriftsetzer  
**Meinrad Rauch**

aus Rempfen (Allgäu) im 23. Lebensjahr. Mit ihm ist mir ein treuer Freund und Kollege dahingegangen. (3422)  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
**Arno Sesselmann**  
Einäschung Freitag, den 22. Okt., nachmitt. 4 Uhr, im Krematorium, Vorwerk Friedhof  
**Schulmädchen** bei kleinen Kindern gesucht. (3423) Geniner Str. 105, pt.  
Wer kauft sofort 3-3-Bohn geg. al. Haff. (3424) Schwarz Allee 201.  
Gr. Ferkel zu verk. (3425) Heinefeld, Heinrichstr. 28

Am Mittwoch, dem 20. Okt. 1926 fiel unsere liebe Tochter und Schwester  
**Senta**  
im fast vollendeten 16 Lebensjahre einer schweren Kinderlähmung zum Opfer. (3425)  
Sie war unj. stolz!  
In tiefer Trauer  
**Carl Winckelmann und Frau Hanna**  
geb. Niemann  
nebst Kindern  
Lübeck, 21. Okt. 1926  
Ginsterweg 10  
Trauerfeier am Montag, d. 23. Okt., nachmitt. 3 1/2 Uhr, Kapelle St. Lorenz.

R. Haus zu tauf. gel. Ang. u. h 720 an d. G. (3417)  
Reithrett gesucht (3434) Ang. u. h 721 a. d. G. d. 3.  
Stühle werden gut und billig geflochten (3427) Brüderstraße 14

**Solen-Matrasen**  
Auffang-Matrasen werden sofort in jeder Größe billig angefertigt. (3430)  
Bettenhaus  
Louis Dave Nachf.  
Gr. Burgstr. 92  
**Zum Hausbau raten**  
und po. Bauarbeiten empfehlen (3431)  
**W. Burschberg**  
Bad Schwartau  
Auguststraße 4

**Horenträger Janensch**  
Landstr. 6  
Anerkannt gute und billige Reparatur-Werkstatt  
**Aug. Büttner**  
Uhrmachermeister 3404  
Müzzstr. 32  
Reichhaltig. Uhrenlager

**Gebr. Kaffee**  
1/4 # 60, 70, 80, 90, 4  
1/2 # 1.00  
**Tea** . . . . . 1/4 # 1.00  
**Reiborp-Kaffee** # 70, 4  
**Gebr. Gerste** # 24, 4  
**Gebr. Roggen** # 24, 4  
**Zucker** . . . . . # 33, 4  
**Volkreis** . . . . . # 22, 4  
**Weismehl, staubfrei** 21  
**Margarine**  
# 60, 70, 85, 100, 4  
**Marke Eigelb** # 80, 4  
**Bloß-Schokolade**  
2 1/2 100 Gr. 20, 4  
**Crème-Schokolade**  
2 1/2 100 Gr. 20, 4  
**Milch-Schokolade**  
3 1/2 100 Gr. 1.00  
**Hafening-Schokolade**  
3 1/2 100 Gr. 1.00  
**Doppeltmehl** # 1.75  
**Aquavit** . . . . . # 1.20  
**Jam.-Rum-B.** # 1.25  
**Weinbrand-B.** # 1.25  
**Doppelteißore** # 1.80  
**Fritz Kruse**  
Schüsselbuden 32 (3429)

**Der fallenden Konjunktur**  
entsprechend, sind die Preise für  
**alle Artikel** meines **großen** Warenlagers herabgesetzt  
**Otto Albers**  
Markt 4 Kohmarkt 10  
Das bekannte Geschäft für Arbeiter-Gardeinchen und Manufakturwaren

FENKOSTMARGARINE  
**Blauband State Butter**  
**ALMAYER**  
DER KÜCHE  
1/2 Pfd. 50 Pf





# Partei-Nachrichten.

## Sozialdemokratischer Verein Lübeck

Secretariat Johannisstr. 43. Telefon 2428.  
Sprechstunden: 11-1 Uhr und 4-6 Uhr. Sonntags nachmittags geschlossen.

**4. Distrikt.** Die für Donnerstag, den 21. d. angelegte Versammlung wird umfänglich verschoben. Näheres nächste Woche an dieser Stelle.  
**W. Mengel.**



## Sozialistische Arbeiter-Jugend

Bureau: Johannisstraße 43. II

Sprechstunden: Montag und Donnerstag von 5<sup>1/2</sup>-7<sup>1/2</sup> Uhr

Abteilung Hofforten. Freitag, den 22. Oktober, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr: Neben zum "Neuen Arbeiterabend". Mitglieder müssen vollständig erscheinen. — Sonntag, den 24. Oktober, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr: Plattdeutscher Abend.

Abteilung Siecht. Sonntag treffen wir uns am Burgtor bei der Uhr um 2 Uhr. Wanderung ins Blau.

Mit. Marti! Am Sonntag, dem 24. Oktober, 8 Uhr: Außergewöhnliche Mitgliederversammlung. Das Erscheinen aller Funktionäre und Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

## Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Kinderfreunde

Bureau: Johannisstraße 43.

Sprechstunden: Montag und Donnerstag von 5<sup>1/2</sup>-7<sup>1/2</sup> Uhr

Freitag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr: Selbstversammlung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1. Konferenzbericht der Genossin Solmitz.

## Proletarischer Sprechchor

Freitag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr pünktlich: Übungsstunde im Gewerkschaftshaus, Zimmer 10. Tag des Proletariats und Erlösung mitbringen. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt notwendig. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

## Gewerkschaftliche Mitteilungen

Schwarzarbeiter-Jugend. Wir beginnen am Freitag abends 8 Uhr mit einem Kursus über die Verfassung von Weimar. Kursleiter: Genosse Hans Threnholdt.

## Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Freireligiöse Gemeinde Lübeck. Donnerstag, den 21. Oktober, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 39, Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Stadtheater. Die Aufführung „Schelmuffeln“ von Julius Hasenauer findet in Anwesenheit des Reichers am Donnerstag abends in folgender Besetzung statt: Titelfigur: Herr Reichmann; in den übrigen Hauptrollen: die Damen Berth, Hohenfeld, Horn und die Herren Berg, Land, Moran, Teubner, Fambion, Stengel, Wegeler. Regie: Dr. Hinrichsen. Dann in der Gastausführung des „Grabmal des unbekannten Soldaten“ spielt Gertrude Steiner an der Spitze der Schönen als Gast und die Herren Bäcker und Kalkreis. Regie: Dr. Hinrichsen. — Die Intendanz hat die bekannte Operetten-Diva Elze Kochmann zu Sonnabend-abend für die Aufführung „Die Löwe“ zu einem einmaligen Gastspiel gewonnen. Der Vorverkauf zu dieser Vorstellung beginnt heute. (Operapreise, keine ermäßigten Preise.)

## Wetterbericht der Deutschen Seewarte

Wachdruck verboten.

Vorherige Tage für den 21. und 22. Oktober  
Schwachwindig, heiter bis wolkig, stellenweise Regenschauer, kühl, im Sinnenlande Nachtfrost.

## Arbeiter-Sport

Alle Jugendlichen für diese Rubrik sind an den Sportgen. Max Corneli, Gr. Gröpelgrube 32, nicht an die Redaktion des Lübecker Volksboten zu richten.

**FSB.** Sonnabend, den 23. Oktober. Mannschaftsversammlung der 3. und 1. Jugend-Mannschaft um 8 Uhr im Klublokal.

Arbeiter-Sportverein Lübeck. Spielabende jeden Dienstag von 8-11<sup>1/2</sup> Uhr abends und Sonntag morgens ab 10 Uhr. „Freier Schachunterricht“ im Spiellokal Anterriener 103 (Geerds). — Abteilung Schwartau: Spielabende jeden Donnerstag von 8-11 Uhr abends im Spiellokal F. Weg, Schwartau.

Trommler- und Pfeiferkorps des Arbeiter-Turns und Sportvereins Lübeck. Am Freitag, dem 22. Oktober, von 12-14 Uhr gemeinsames Üben; anschließend Sitzung (wichtige Tagesordnung). Sämtliche Instrumente sind am Freitag abends abzugeben.

### Ergebnisse vom Sonntag

FSB. 1 gegen Ostsee 1 (5:0)  
FSB. 1 gegen Schwartau 1 (5:3)  
FSB. 2 gegen Geerds 1 (1:4)  
FSB. 2 gegen FSB. 2 (1:1)

In Stadtsdorf fanden sich Moising 1 gegen Stadtsdorf 1 im Gesellschaftsspiel gegenüber. St. konnte dank seines Eifers verdient 4:0 gewinnen. Moising als A-Klasse enttäuscht. Der gut arbeitende Torwächter ließ den Gästen den Schrittmacher nicht zutommen.

### Staatsschulung

Zu dem am 30. und 31. Oktober stattfindenden Schiedsrichterkursus müssen untergenannte Vereine folgende Anzahl von Teilnehmern stellen: Geerds 4, Schwartau 4, Ostsee 4, Moising 8, Schlutup 4, FSB. 4 und FSB. 3 Genossen. Schreibmaterial ist von den Teilnehmern mitzubringen. Beginn des Kursus am 30. Oktober, abends 8 Uhr, bei Strauß.

## Schiffsnachrichten

### Angelommene Schiffe

20. Oktober

S.-D. Carl Riehn, Kapl. Bröder, von Swinemünde, 1 Tg. — D. Hornjund, Kapl. Grenting, von Maltsch, 2<sup>1/2</sup> Tg. — M. Jephth, Kapl. Nielsen, von Kopenhagen, 1 Tg. — D. Andra, Kapl. Schmitz, von Dänzig, 1 Tg. — D. Rönke, Kapl. Gantow, von Kopenhagen, 1 Tg. — D. Helgoland, Kapl. Müller, von Kopenhagen, 1 Tg. — M. Albin, Kapl. Hansen, von Kopenhagen, 1 Tg. — D. Sundeck, Kapl. Witt, von Hamburg, 1 Tg. — D. Hans Otto Jäger, Kapl. Bertelt, von Kopenhagen, 1 Tg. — D. Silbe, Kapl. Wegner, von Jephtha, 6 Tg.

21. Oktober

M. Ledda, Kapl. Jensen, von Kopenhagen, 2 Tg.

### Abgegangene Schiffe

20. Oktober

M. Andra, Kapl. Marjer, nach Wismar, leer. — M. Marie, Kapl. Christensen, nach Kopenhagen, leer. — M. Eötrone, Kapl. Rasmussen, nach Kopenhagen, leer. — M. Jephth, Kapl. Nielsen, nach Kopenhagen, leer. — S.-D. Carl Riehn, Kapl. Bröder, nach Helsingborg, leer. — S.-D. Irene Kuhn, Kapl. Hogenab, nach Helsingborg, Steinlitz. — M. Kristian, Kapl. Sörensen, nach Kopenhagen, leer. — D. Berlin, Kapl. Schilke, nach Kopenhagen, leer. — M. Danbod, Kapl. Nielsen, nach Kopenhagen, Steinlitz. — D. Bürgermeister Lafrenz, Kapl. Hammer, nach Helsingborg, leer.

M. Viking, Kapl. Christensen, nach Kopenhagen, leer. — M. Snekfollen, Kapl. Wettersten, nach Kopenhagen, leer. — D. Apminjer, Kapl. Wills, nach Dagehamm, Kopenhagen. — M. Tantar, Kapl. Mattsson, nach Wismar, Steinlitz. — D. Lode, Kapl. Wde, nach Kopenhagen, leer. — M. Fremad, Kapl. Lode, nach Kopenhagen, leer. — S. Jureit, Kapl. Danilsson, nach Kopenhagen, leer. — D. Astoria, Kapl. Jege, nach Kopenhagen, leer. — D. Kevaf, Kapl. Eiger, nach Kopenhagen, leer. — D. Gauthiod, Kapl. Deberg, nach Kopenhagen, leer. — D. Marjoren, Kapl. Fein, nach Kopenhagen, leer. — D. Wulfsten, Kapl. Gustafson, nach Kopenhagen, leer. — D. Tivoland, Kapl. Sörensen, nach Kopenhagen, leer. — D. Secader 1, Kapl. News, nach Wismar, leer.

21. Oktober  
D. Helgoland, Kapl. Müller, nach Dänzig, leer. — D. Indufria, Kapl. Niejahr, nach Kopenhagen, leer.



**Kundfunk-Programme.** Hamburg, Bremen, Hannover, Kiel  
Hamburg Belle 392. — Bremen Belle 297. — Hannover Belle 297. — Kiel Belle 233. — Wochentags: 12.15: Börse. © 12.30-2. Konzert. © 12.55: Rauener Zeit. © 1.10: Schifffahrt. © 2: Wetter. © 2.05: Kommt der Bremer Morgen. © 2.45: Börse. © 3.35: Zeit. © 3.40: Börse. © 3.50: Schifffahrt. © 5.35: Luftverkehr. © 7.55: Wetterfunk. © 10: Wetter, Sport.

Freitag 22. Okt. 1.20: Musik. Schulfunk: Die Tontrache in Richard Wagners „Ring des Nibelungen“. © 4.15: nur Hannover: Konzert. Mitw.: Koncertm. Gohlisch (Violine), C. Bartels (Cello) und Kammerorch. © 4.15: nur Bremen: Heitere Volkslieder zur Laute, gel. von Hinrich Lamke. © 4.15: Kiel (Sbg. u. Kiel): Szenen aus „Der Kolenkavaler“ von Richard Strauß. Einf. von Oberpiellietter Schlichter. Mitw.: Doris Dähler (Feldmarckallin), Diga Löfflova (Sofie), Elie Angren (Octavian), S. Schanzara (Doris von Verchenau), am Flügel: Kapellm. S. Döring. © 5.50: nur Hamburg: Hebel und Hamburg. Von Theodor Bieder. © 5.50: Hannover (Hamm. u. Bremen): Algermanische Volksburgen im Hannoverlande. Von Dr. Böhme. © 5.50: nur Kiel: Aus Kiels Geschichte. 4. Teil: Zwei dumme Kapitel aus dem Beginn der neueren Zeit. Von Prof. Glon. © 6.15: Hamburg und Kiel: Magnatenkapelle Horwath Sandor. © 7: Hamburg (alle Noragender): Dr. Gerdes: Anfänge des Weimarer Theaters. © 7.25: Hamburg (alle Noragender): Pflanzenkrankheiten in Beziehung zu Mergel und Kalk. Von Joh. Gorbung. © 7.50: Englisch. © 8.15: Kiel (Sbg., Sbg., Bremen): „Dien Krulle“. Zum Gedächtnis des am 10. Sept. 1926 verstorbenen Dichters. Einf. von Hans Ehrte. Mitw.: Paul Jessen (Rezitationen). © 8.15: nur Hannover: Die deutsche Volkslieder. Mitw.: Solohor der Liedertafel Ungulius, Leit. Chorleiter Heinrich und Tilde Meyer-Hochbaum. 15 Darbietungen. © 9.15: Hamburg (alle Noragender): Kurt Rodde: Abend. Lieder von Brahms, Mahler, Wolf und Strauß. Flügel: S. Wiedschmidt. © 10.30: Konzert aus Hannover.

Verantwortlich für Politik und Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmitz  
für Freitakt Lübeck und Heiligen: Hermann Bauer  
für Interlok: Carl Lutzhardt. Verleger: Carl Lutzhardt  
Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

**Kartoffeln**  
für den Winterbedarf  
la. Sg. Eierkartoffeln  
Lange gelbe  
Industrie  
Brennen  
blau Denswälder  
ganz vorzüglich gelb-  
lochend  
Magnum bonum  
vom Sandboden  
empfehlenswert zu billigen  
Preisen (3428)

**Wilh. Süke**  
Schwartz, Mille 46 a  
Telephon 8822

**Westphal**  
Königsberg  
Empfehle  
ung. fettes Fleisch  
sowie tierische  
Wursthorten  
in bester Güte.

**H. Bibow**  
Krübenstraße 15  
3433) Gerum 2401

**Winter-Kartoffeln**  
in bester Qualität  
vom Sandboden.  
Ausständig ein-  
treffendes Ragons  
guter Qualität  
a. 3. 1.20 Stk.  
frei Haus.  
Schon heute zu  
Bestellung.  
Anerkannt  
in D-Bahn  
3. 2.50 Stk.  
Johann Meyer  
Soleurstraße 26.28.  
Lager:  
Krausstraße 102  
Gerum 277.  
Jeden Freitag von  
8 bis 6 Uhr  
**Gimerbier**  
3401) H. Bade.

**Große Posten** 3498

# warme Winter-Waren

zu wirklich billigen Preisen

## Trikotagen

Normal-Hemden wollgemischt	1.95
Normal-Hemden doppelte Brust	2.75
Normal-Hemden gute, wollge- mischte Qual.	2.75
Große Posten <b>Futterhosen</b> grau, gute Qualität, angeraut	2.75
Normal-Hemden extra schwere Qualität	3.50
Normal-Hosen gute, wollge- mischte Qualität	1.75
Normal-Jacken wollgemischte feste Qualität	2.45
Ein Posten <b>reinw. Flanelle</b> in grau, blau und beige, prima Qualitäten	4.50 3.95 3.65 2.95
Ein Posten <b>Flanell-Hemden</b> in grau, blau und beige, volle Größen prima Qualitäten	14.50 12.95 11.50 9.75

## Wollwaren

Wollhütchen für Kinder, entzück. Must., r. Wolle 1.26	95
Wollschals schöne Farben für Kinder	2.45
Blusenschoner in reiner Wolle	2.95
moderne Farben	3.95
Strickkleidchen i. Kind, Hand- arb., r. W. 6.95	5.95
Sportwesten für Damen, reine Wolle	12.50
Pullover für Damen, in Wolle, bunt gemustert	9.85
Pullover für Damen, reine Wolle, entzück. Muster	13.85
Pullover i. Dam., Wolle u. Seide, mit u. ohne Krag	18.75
Strickjacken mit Wollpelzkrag u. Manschet	22.75
Ein Posten <b>Rechtflanelle</b> gestreift u. eintaug, zweiseitig gemustert und karziert	1.75 1.38 1.18 98
Ein Posten <b>Bardent-Röcke</b> in einseitig und gemustert, mit mod. ohne Volant	5.95 4.85 3.65 2.95

Neu besser und ergiebiger

# SUMA

die neue Art Seife in Pulverform der Sunlicht-Gesellschaft Mannheim

Sa 9

Beachtet das einheimische Gewerbe!

Besucht die

# LÜHA

Täglich geöffnet 9-8 Uhr. Eintrittspreis: Erwachsene 50 Pfg., Kinder 25 Pfg., Katalog mit „Rundgang durch die Ausstellung“ 30 Pfg.

Kauft die Lose der

## LÜHA-Lotterie

Preis 1.— RM.

Die Haupt- und viele andere Gewinne sind in der Lüha ausgestellt

(3445)



## Mehr Arbeiterschutz!

Die Unfallziffern steigen. Sie steigen von Jahr zu Jahr stärker. Im Jahre 1923 erlitten von 24 Millionen versicherter Personen 460 000 Personen Unfälle. Die neuesten amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes für das Jahr 1924 verzeichnen 645 974 Unfälle überhaupt, 80 820 entgeltlose Unfälle und 7152 tödliche Unfälle. Nach den vorliegenden Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten brachte das Jahr 1925 eine weitere starke Steigerung der Unfälle, und nach dem Urteil der maßgebenden Stellen muß auch für das Jahr 1926 abermals mit einer neuen Steigerung gerechnet werden. Die Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeitskräfte wachsen mit der Beschleunigung des Arbeitstempes, mit der Rationalisierung und Technisierung der Betriebe. Die Arbeiterschaft hat allen Grund, der Unfallstatistik die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Das technische Zeitalter kommt jetzt erst und damit auch die Notwendigkeit eines soliden Arbeiterschutzes.

Der jetzt endlich fertiggestellte Entwurf zu dem neuen Arbeiterschutzgesetz bringt wohl einige Fortschritte in der Ueberwachung der Arbeiterschutzvorschriften. Aber das Gesetz wird und kann keine Wunder wirken. Das Gesetz will den Gewerbeaufsichtsbeamten des Reichs geben, selbständig polizeiliche Verfügungen bei dem Mangel an Schutzvorschriften zu erlassen. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit: denn nur dadurch kann die Ueberwachung wirklich wirksam sein. Hat der Gewerbeaufsichtsbeamte nicht selbst Macht in der Hand, dann fürchtet man ihn nicht. Er ist darauf angewiesen, erst bei den Polizeibehörden zu intervenieren, dann kommt in Tausenden von Fällen praktisch so gut wie nichts heraus. Die Verfolgung der Unterlassungen wird verschleppt. Bei Anfechtung der Verfügungen der Aufsichtsratsorgane sollen ferner künftig alle Zweifelsfälle an das Reichsarbeitsministerium gehen, damit durch klare Entscheidungen ein einheitlicher Arbeiterschutz fürs Reich gesichert wird.

Die Ueberwachung des Arbeiterschutzes ist aber weniger eine Gesetzes- als eine Menschenfrage. Alles hängt von den Menschen ab, die die Kontrolle durchführen sollen. Nehmlich wie bei der Arbeitsvermittlung brauchen wir beim Arbeiterschutz Leute, die sich ganz ihrem eigentlichen Beruf hingeben können. Wenn die Gewerbeämter mit untergeordneten Arbeiten, mit Schreibkram und ähnlichen Überlasten sind, können sie sich nicht um die Beaufsichtigung kümmern. Ihre Aufgabe ist, daß sie in die Betriebe gehen. Bis jetzt werden im Jahr höchstens 40 Prozent der Betriebe kontrolliert und vielleicht 80 Prozent der Arbeitskräfte. Das genügt nicht im entferntesten. Was soll eine einmalige Kontrolle im Laufe eines Jahres, in welchem oft ein ganzer Betrieb umgestellt und mit neuer Maschinen ausgerüstet wird? Vor allem aber müssen die Aufsichtsorgane — das gilt besonders für die Angestellten des Kontrollapparates — unabhängig sein. Nur dann werden sie resolut zupacken. Ferner brauchen die höheren und mittleren Kontrollorgane bessere Schulung: Kenntnisse der Arbeiterschutzbewegung und der damit eng verknüpften wirtschaftlichen und technischen Entwicklung in ihren größeren Zusammenhängen. Deshalb müssen nicht nur die oberen, sondern auch die mittleren Organe mindestens jedes Jahr einmal in Kursen zusammengefaßt und weitergebildet werden.

Zu dem gesetzlichen Arbeiterschutz, zu dem Ausbau des Kontrollapparates und der Ausbildung der Kontrollorgane muß schließlich — und das ist nicht das Unwichtigste — die Mitwirkung der Arbeiterschaft hinzukommen. Hier liegen die Dinge noch sehr im Argen. Hier muß von Grund auf neu gebaut werden.

## Gautagung der norddeutschen Versicherungsangestellten

Die im Zentralverband der Angestellten organisierten norddeutschen Versicherungsangestellten hatten am 16. und 17. Oktober in Celle eine gut besuchte Gautagung. Sie nahm zunächst einen Vortrag des Vertreters des Hauptverbandes, Kollegen Brille, entgegen, der über das Thema „Der Versicherungsangestellte in der modernen Wirtschaft“ sprach. Der Referent ging auf die Ursachen und Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ein. Das Versicherungsgewerbe wird von dieser allgemeinen Krise bei weitem nicht so stark wie andere Gewerbegebiete betroffen. Die seit der Stabilisierung gezeigten Neuschüßel sowie das Rentabilitätsergebnis der gleichen Zeit beweisen zur Genüge, daß das Versicherungsgewerbe auch heute noch sehr ertragreich ist. Wenn trotzdem von Untermessseite behauptet wird, daß auch die Lage im Versicherungsgewerbe schlecht sei, so trägt hieran in erheblichem Maße die falsche und verfehlte Prämienpolitik sowie eine starke Ueberbelastung und Belastung durch einen aufgeschwemmten höheren Verwaltungsapparat die Schuld. Für die Angestellten aber zeigt sich immer deutlicher, daß auch im Versicherungsgewerbe kein planmäßiger Aufstieg des Angestellten mehr möglich ist und stattfindet. Die Angestellten müßten vielmehr auch im Versicherungsgewerbe sich eine ihrer Bedeutung in der Wirtschaft entsprechende Existenz selbst erringen und sich dabei der Hilfe der Gewerkschaften bedienen. Die Aussprache wies auch auf die im Versicherungsgewerbe fortschreitende Rationalisierung hin, deren Folgen nicht ausschließlich auf die Angestellten abgewälzt werden dürfen. Eine verständliche sozialpolitische Gesetzgebung müßte hier die Rechte der Angestellten wahren.

Die Berichte der 16 vertretenen Ortsfachgruppen zeigten ein außerordentliches günstiges Bild der Gewerkschaftsbewegung der Versicherungsangestellten.

## Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten

Am 12. Verbandstag in Frankfurt/Main stattfand, hat sich trotz der schlechten Wirtschaftslage gut gehalten. Die Zahl der Mitglieder beziffert sich auf 23 398. Der Antrag des Vorstandes, der eine Erhöhung der Beiträge vorsieht, wurde angenommen. Die geltenden Unterstützungsätze bleiben bestehen. Das Ausschlußverfahren wird auf eine neue Grundlage gestellt. Für Doppelbeschäftigte wird als Mindestbeitrag die 2. Klasse festgesetzt und für einen Wochenlohn von 30 bis 35 Mark eine neue Beitragsklasse geschaffen. Eine Jugendbeilage wird eingeführt. Der Hauptvorstand wird nur noch aus besoldeten Angestellten bestehen. Wie aus dem Referat Niemann über „Tarif- und Lohnpolitik“ hervorgeht, gibt es eine ganze Reihe von Orten, in denen ein tarifloses Verhältnis besteht. Die Unternehmer fordern eine Arbeitszeit bis zu 15 Stunden. Vor allem geht der Kampf um

# Das neue Arbeiterschutzgesetz

## Die wichtigsten Bestimmungen

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, gliedert sich der Entwurf des Arbeiterschutzgesetzes in sieben Abschnitte. Der erste Abschnitt enthält allgemeine Vorschriften, im zweiten Abschnitt werden die Betriebsgefahren behandelt, der dritte und umfangreichste Abschnitt enthält die Bestimmungen über die Arbeitszeit, und zwar die allgemeinen Vorschriften sowie die besonderen Vorschriften über einen erhöhten Schutz für weibliche und jugendliche Arbeitnehmer. Weiterhin ist in diesem Abschnitt auch das Nachtverbot geregelt. Der vierte Abschnitt behandelt die Frage der Sonntagsruhe, der fünfte die des Ladenschlusses, im sechsten wird die Frage der Arbeitsaufsicht geregelt und der siebente Abschnitt enthält die Bestimmungen über die Durchführung des Gesetzes.

Im ersten Abschnitt ist u. a. der Begriff des Arbeitnehmers gesetzlich festgehalten worden. Nach den Bestimmungen dieses Entwurfs sind als Arbeitnehmer Arbeiter und Angestellte einschließlich der Lehrlinge anzusehen. Nicht als Arbeitnehmer im Sinne des Arbeiterschutzgesetzes gelten Geschäftsführer, Betriebsleiter und andere höhere Angestellte, deren Tätigkeit eine besondere Verantwortung erfordert oder die in erheblichem Umfang zur selbständigen Entscheidung befugt sind. Weiterhin gilt das Gesetz auch nicht für Angestellte in Vertrauensstellungen, deren Jahresarbeitsverdienst 5000 Reichsmark übersteigt.

Einer der grundlegenden Paragraphen über die Frage der Arbeitszeit ist der § 9, der im Sinne des Washingtoner Abkommens die Bestimmung enthält, daß die Arbeitszeit des einzelnen Arbeitnehmers die Dauer von acht Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich nicht übersteigen darf. Nicht als Arbeitszeit gelten die innerhalb der Arbeitszeit liegenden Pausen. Die geleistete Mehrarbeit ist über den Lohn für die regelmäßige Arbeit hinaus mit einem Zuschlag von 25 Proz. zu bezahlen. Die Vorschriften über die Arbeitszeit finden keine Anwendung auf die Untertagearbeit im Bergbau, weiterhin gelten sie nicht für die Familienbetriebe und auch nicht für das Pflegepersonal in Krankenanstalten (!). In den fiskalischen Verwaltungen sowie in der Reichsbahn und der Reichsbank können die für Beamte geltenden Dienstvorschriften auch auf die Arbeiter und Angestellten übertragen werden.

Hinsichtlich der Nachtarbeit gilt u. a., daß Arbeitnehmer unter 18 Jahren und Arbeiterinnen über 18 Jahre nicht zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens beschäftigt werden dürfen. Für die arbeitsfreie Zeit ist u. a. bestimmt, daß Arbeitnehmer unter 18 Jahren und weiblichen Arbeitnehmern über 18 Jahren nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene ar-

beitsfreie Zeit von mindestens 11 Stunden zu gewähren ist. Weitere Bestimmungen regeln die Pausen. Arbeitnehmer unter 16 Jahren dürfen nicht länger als 4 Stunden hintereinander ohne Pause beschäftigt werden. Schließlich ist noch Mutter- und Kinderschutz geltend gemacht.

Nach den Bestimmungen über die Sonntagsruhe dürfen an Sonn- und Festtagen Arbeitnehmer grundsätzlich nicht beschäftigt werden. Ausnahmen sind nur zulässig, soweit sie ausdrücklich vorgeesehen sind. Der Gesetzentwurf sieht weiter eine Ruhezeit bei Sonntagsbeschäftigung vor, und zwar müssen Arbeitnehmer, die an Sonn- und Festtagen innerhalb eines Zeitraumes von mehr als drei Stunden beschäftigt sind, am nächsten Sonntag mindestens von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends oder am dritten Sonntag mindestens 36 Stunden von der Arbeit freigelassen werden.

Hinsichtlich des Ladenschlusses ist u. a. bestimmt, daß offene Verkaufsstellen an Werktagen nur in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends für den geschäftlichen Verkehr geöffnet sein dürfen. Abweichend kann angeordnet werden, daß offene Verkaufsstellen aller oder einzelner Geschäftsweige an höchstens zwanzig Tagen im Jahr über 7 Uhr abends hinaus, jedoch bis längstens 9 Uhr abends geöffnet sein dürfen.

Im sechsten Abschnitt des Entwurfs wird gesagt, daß die Durchführung der Vorschriften des Arbeiterschutzgesetzes besondere Arbeitsaufsichtsämter zu überwachen haben. Der Reichsarbeitsminister kann mit Zustimmung des Reichsrats Richtlinien über die Tätigkeit der Arbeitsaufsichtsämter aufstellen. In dem Paragraphen, der das Inkrafttreten des Gesetzes regelt, wird u. a. gesagt, daß, soweit das Inkrafttreten der Vorschriften über die Regelung der Arbeitszeit in einem Teile des Reichsgebietes die wirtschaftliche Lage eines Gewerbes schwer gefährden würde, die oberste Landesbehörde mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers das Inkrafttreten dieser Vorschriften bis zur Dauer eines Jahres hinauschieben kann.

Zu diesen Mitteilungen läßt sich vorläufig nur sagen, daß uns vor allem die Bestimmung des Begriffs „Arbeitnehmer“ (wann wird man endlich diese sinnwidrige Bezeichnung beseitigen!) höchst bedenklich erscheint, weil er alle Werkmeister, Techniker und höheren Bureauangestellten praktisch außerhalb der Sozialpolitik stellt. Das gleiche gilt von der Herausnahme des Pflegepersonals und (auf Umwegen) der Eisenbahner und Reichsbankangestellten, im Widerspruch zu den klaren Bestimmungen des Abkommens von Washington.

den Urlaub, den die Unternehmer nur ohne Bezahlung gewähren wollen. Als Hauptaufgabe des Verbandes wird die Abwehr der Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Verschärfung jeder Art Abzüge, soweit das Prozentgesetz in Betracht kommt, und die Sicherung ausreichender Garantieföhne bezeichnet. Die Statuten und Beitragsänderungen werden sofort in Kraft gesetzt. Die Sterbekassefrage wird neu geregelt; bis zum 35. Lebensjahr wird kein Eintrittsgeld genommen; von 35 bis 40 Jahren beträgt das Eintrittsgeld 20 Mk., von 40 bis 45 Jahren 50 Mk., und von 45 bis 50 Jahre 100 Mk. Diejenigen über 55 Jahre alten Mitglieder, die dem Verband schon am 31. Dezember 1924 angehört, können der Kasse noch bis zum 31. Dezember 1926 beitreten, wenn sie die früher fällig gewordenen Umlagen nachzahlen. Die neuen Sätze treten am 1. Januar 1927 in Kraft.

## Arbeitslosenversicherung und Landwirtschaft

Für eine möglichst rasche Durchführung der Arbeitslosenversicherung zeigten die Rechtskreise seit einiger Zeit ein auffallend starkes Interesse. Auch bei den jüngsten Verhandlungen des Hauptausschusses des Preussischen Landtages kam das zum Ausdruck. Allem Anschein nach ist es den Großagrariern darum zu tun, die im Reichswirtschaftsrat arg verschlechterte Vorlage zur Arbeitslosenversicherung sobald als möglich unter Dach und Fach zu bringen.

Wenn es nach den Großagrariern ginge, würde die Landwirtschaft überhaupt nicht in die Arbeitslosenversicherung einbezogen. Die Einbeziehung war aber nicht zu umgehen, weil die Industrie darauf bestand. Nun versuchen die Agrarier innerhalb der Gesamtversicherung für sich eine Art Sonderversicherung mit besonderen Trägern und Einrichtungen sowie mit einem besonderen Ausgleich herauszuschlagen. Auf jeden Fall will man sozial erreichen, daß an dem bisherigen Zustand so wenig wie möglich geändert wird. Jetzt steht der größte Teil der Landwirtschaft außerhalb der Arbeitslosenversicherung. Die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte mit langfristigen Arbeitsverträgen — und das sind die meisten — ferner alle Landarbeiter, die zum Teil eine gewisse Selbständigkeit haben, die Pächter — kurz der größte Teil der für die Versicherung in Betracht kommenden Arbeitskräfte soll nicht erfaßt werden.

Alle diese Dinge stehen völlig im Widerspruch zu dem Grundgedanken der Sozialversicherung, dem Gedanken des Ausgleichs der Lasten. Mit welchem Recht verlangt die Landwirtschaft für sich eine Extravergütung in der Gestaltung der Versicherung? Ebenso könnte z. B. das Freiseigewerbe erklären, daß es kein Interesse daran habe, für die — Metallarbeiter Beiträge zu zahlen. Das Ergebnis der Reichswirtschaftsratsverhandlungen: grundsätzliche Einbeziehung und Hälfte der Beiträge ist keine Lösung. Demgegenüber werden die Gewerkschaften mit aller Energie dafür eintreten, daß klare Verhältnisse geschaffen werden, d. h. volle Beitragsleistung für die Landwirtschaft und natürlich auch volle Unterstützung für arbeitslose Landarbeiter.

## Aus der ausländischen Gewerkschaftsbewegung

Die Bewegung um Neuregelung des Urlaubs und Erweiterung des Wochenendes nimmt auch unter der holländischen Arbeitnehmerschaft von Tag zu Tag an Kraft an. Der Allgemeine niederländische Metallarbeiterverband hat sich in einem Manifest an die holländischen Metall-

arbeiter gewandt, worin er sie zum Kampf für den Mindestlohn, die wirtschaftliche Demokratie und vor allem für den Achtstundentag und eine bezahlte Ferienwoche im Jahre aufruft.

Im Arbeitszeitkonflikt des Limburger Grubenreviers kam der Ausschuß der Bergarbeiterverbände zu einer Uebereinstimmung über den Vorstoß an den Arbeitgeber, am 24. Dezember dieses Jahres an Sonnabenden die Sechsstundenschicht einzuführen.

Auf der Feier des Niederländischen Schlächtergesellschaftenverbandes anlässlich seines 25jährigen Bestehens wies der Bundesvorsitzende Genosse van Noorden auf die frühere Sklaverei der Schlächtere Arbeiter hin, die vor einem Vierteljahrhundert noch Arbeitszeiten von 100 Stunden und mehr pro Woche gehabt haben. Der Schlächtergesellschaftenverband schloß sich 1913 an den Niederländischen Gewerkschaftsbund an.

**Unterstützungsanspruch der Erwerbslosen.** Einer der schlimmsten Mängel des jetzigen Systems der Erwerbslosenfürsorge besteht darin, daß Arbeitslose, die vorübergehend Arbeit annehmen, in die Gefahr geraten, des Unterstützungsanspruches verlustig zu gehen. Bei strenger Auslegung der bestehenden Bestimmungen kann bei neuer Prüfung des Unterstützungsanspruches sehr leicht der Fall eintreten, daß von dem neuen Termin ab in den letzten zwölf Monaten Arbeitslosigkeit nicht mehr die vorgeschriebene Arbeitsdauer vorliegt. Praktisch bedeutet das, daß der Arbeitslose, der Arbeit annimmt, sozusagen dafür mit dem Verlust seines Unterstützungsanspruches bestraft wird. Auf Drängen der Gewerkschaften hat nun das Reichsarbeitsministerium eine Vorlage zur Änderung der Ausführungsverordnung vorbereitet, die in nächster Zeit den Reichsrat beschäftigen wird. Bisher war bereits durch eine besondere Verfügung des Reichsarbeitsministers festgesetzt, daß die Annahme vorübergehender Arbeit von der Dauer einer Woche keine Unterbrechung des Unterstützungsanspruches bedeutet. In der neuen Vorlage soll nun die Dauer der Gelegenheitsarbeit wesentlich erweitert werden.

Das vorläufige Ergebnis der Statistik der Streiks und Ausperrungen im 1. und 2. Vierteljahr 1926 liegt bereits vor. Es zeigt sich, daß die Zahl der Arbeitskämpfe, die schon 1925 gegenüber 1924 abgenommen hat, weiter zurückgegangen ist. Bei den wirtschaftlichen Streiks kam der Verlust an Arbeitstagen von 1,1 Millionen im 1. Quartal 1925 im gleichen Zeitraum 1926 auf etwa den vierten Teil: 277 500; im zweiten Quartal 1926 sah sich diese rückläufige Bewegung fort: gegenüber 2,1 Millionen im zweiten Quartal 1925 nur noch 236 000 verlorene Arbeitstage. Das gleiche Bild zeigte sich im Rückgang der Ausperrungen, obwohl hier bereits der Rückgang 1925 gegenüber 1924 sehr stark war. Im ersten Quartal 1926 rund 280 000 verlorene Arbeitstage, im zweiten Quartal nur 27 000. (Im zweiten Quartal 1925 1,5 Millionen, im ersten Quartal etwas unter einer halben Million.) Die Streikbewegung war am stärksten im ersten Vierteljahr im Holz- und Schnitzstoffgewerbe, im zweiten in der Industrie der Steine und Erden. Die Ausperrungen betrafen im ersten Vierteljahr fast ausschließlich Maschinenbau und Elektrotechnik, im zweiten Quartal ist der Verlust an Arbeitstagen gegen früher fast in allen Industrien verhältnismäßig nur gering-

